

Heister, Johannes; Klepper, Gernot; Stähler, Frank

Working Paper — Digitized Version

## Strategien globaler Umweltpolitik: die UNCED-Konferenz aus ökonomischer Sicht

Kiel Working Paper, No. 519

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy (IfW)

*Suggested Citation:* Heister, Johannes; Klepper, Gernot; Stähler, Frank (1992) : Strategien globaler Umweltpolitik: die UNCED-Konferenz aus ökonomischer Sicht, Kiel Working Paper, No. 519, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/607>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 519

Strategien globaler Umweltpolitik  
Die UNCED-Konferenz aus ökonomischer Sicht

von

Johannes Heister, Gernot Klepper,  
und Frank Stähler

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel  
The Kiel Institute of World Economics

ISSN 0342 - 0787

Institut für Weltwirtschaft  
Düsternbrooker Weg 120  
2300 Kiel

Arbeitspapier Nr. 519  
Strategien globaler Umweltpolitik  
Die UNCED-Konferenz aus ökonomischer Sicht  
von  
Johannes Heister, Gernot Klepper,  
und Frank Stähler

AG 2376 / 92  
Weltwirtschaft  
Kiel  
PG

Für Inhalt und Verteilung der Kieler Arbeitspapiere ist der jeweilige Autor allein verantwortlich, nicht das Institut.

Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an den Autor zu wenden und etwaige Zitate vorher mit ihm abzustimmen.

## 1. Einleitung

Die globalen Umweltprobleme haben eine Dringlichkeit erreicht, die zur bisher größten internationalen Konferenz, dem Rio-Gipfel im Juni 1992, geführt haben. Die Beteiligung fast aller Staaten der Dritten Welt war indes nur möglich durch die Erweiterung des Konferenzgegenstandes um den Aspekt der wirtschaftlichen Entwicklung. In Rio konnten zwei verbindliche Konventionen zum Klima- und Artenschutz verabschiedet werden. Außerdem einigte man sich auf eine unverbindliche Erklärung zur Walderhaltung. Unverbindlich bleibt ebenfalls die Erklärung von Rio, die 27 Grundsätze für Umwelt und Entwicklung aus weltwirtschaftlicher Perspektive auflistet, sowie die umfangreiche Agenda 21, welche die gemeinsamen umweltpolitischen Aufgaben für das 21. Jahrhundert beschreibt. Von einiger Bedeutung sind Beschlüsse über eine institutionelle Weiterentwicklung des UN-Systems sowie für neue internationale Finanzierungsmechanismen. Enttäuscht wurde dagegen die Hoffnung vieler Entwicklungsländer auf umfangreiche Zahlungen seitens der Industrieländer. Das große Tauschgeschäft "Umwelt gegen Entwicklung" kam nicht zustande.

Der folgende Beitrag analysiert die Schlüsselprobleme der internationalen Umweltdiplomatie anhand der verbindlichen Abmachungen des Klima- und Artenschutzes. Er stellt das in Rio Erreichte dem Erforderlichen gegenüber und diskutiert die Ergebnisse von Rio im Lichte einer prozeßorientierten, internationalen politischen Ökonomie. Er kommt zu dem Schluß, daß die Beschlüsse von Rio weder geeignet sind, die globale Umwelt zu retten, noch die Entwicklungsperspektiven der Dritten Welt zu verbessern. Vielmehr deuten die getroffenen institutionellen Regelungen darauf hin, daß die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer systematisch geschwächt wurde. Im Gefolge von Rio wird dadurch globaler Umweltschutz im Sinne der Industrieländer auch ohne nennenswerte Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten Welt möglich. So betrachtet ging es in Rio lediglich um die Festlegung der günstigsten Ausgangsposition für zukünftige Verhandlungen, nicht jedoch um die Lösung von Umwelt- und Entwicklungsproblemen.

## 2. Klimaschutz

### 2.1 Ergebnisse der UNCED

Die Gefahr der globalen Klimaerwärmung hat vermutlich die größte öffentliche Aufmerksamkeit im Vorfeld der UNCED erfahren. In vielen Staaten, insbesondere in Europa, wurden Pläne entwickelt und bereits Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen. Ziel in Rio war es, eine globale Klimakonvention mit verbindlichen Reduzierungsvorgaben zu verabschieden. Dabei stand gegen Ende der Verhandlungen die Stabilisierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Niveau von 1990 bis zum Jahre 2000 zur Diskussion. Eine verbindliche Reduzierungsvorgabe wurde vor allem von der EG und weiteren europäischen Ländern gefordert, während sich die USA einer verbindlichen Festschreibung eines maximalen Emissionsniveaus für CO<sub>2</sub> grundsätzlich widersetzen und stattdessen eine umfassende Klimapolitik (comprehensive approach)<sup>1</sup> forderten, welche die übrigen klimaschädlichen Emissionen sowie die Rodung des Regenwaldes aber auch mögliche Senken für CO<sub>2</sub> einbeziehen sollte.<sup>2</sup>

Die USA tragen ca. 25 vH zu den weltweiten energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Da eine verbindliche CO<sub>2</sub>-Reduzierung unter Ausklammerung der USA für die meisten Staaten nicht akzeptabel erschien, einigte man sich in der letzten Vorbereitungskonferenz in New York auf einen Kompromiß. Er sieht vor, die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren, spezifiziert aber kein Zieljahr, so daß die tatsächliche Reduzierungsleistung der Vertragsparteien unbestimmt bleibt.

Jedoch sieht der Kompromiß auch einige Regelungen vor, welche der vollständigen Beliebigkeit der Reduzierungsverpflichtungen entgegenwirken und eine dynamische Weiterentwicklung der Konvention wahrscheinlich erscheinen lassen.

---

<sup>1</sup> Swart, Robert J., "A comprehensive Approach to Climate Policy" International Environmental Affairs, Bd.4 (1992), Nr.1, S. 35-55.

<sup>2</sup> Der Verzicht auf die Produktion von klimarelevanten und ozonabbauenden FCKWs, der bereits im Montreal-Protokol beschlossen wurde, wäre dann anrechenbar gewesen. Der Netto-Beitrag der FCKWs zur Klimaerwärmung ist neuerdings jedoch umstritten, da der Abbau der Ozonschicht möglicherweise einen kühlenden Effekt hat.

Hervorzuheben sind insbesondere die vereinbarten gegenseitigen Informationspflichten. Danach müssen Industrieländer innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Konvention Pläne vorlegen, wie sie eine Stabilisierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Niveau von 1990 erreichen wollen. Entwicklungsländer haben hierfür drei Jahre Zeit. Desweiteren ist eine regelmäßige Berichterstattung über den Stand der nationalen CO<sub>2</sub>-Emissionen und der nationalen Reduzierungspläne sowie deren Erfolge vorgesehen. Zu diesem Zweck wird ein permanentes Sekretariat eingerichtet. Schließlich sind bis zum Jahr 2000 zwei Folgekonferenzen geplant, welche die Fortschritte im Klimaschutz bewerten sollen. Zur ersten Folgekonferenz hat die Bundesregierung nach Deutschland eingeladen. Zur Verwirklichung von Klimaschutzplänen in den Entwicklungsländern sieht die Konvention finanzielle und technische Hilfen vor. Diese sollen über die Global Environmental Facilities (GEF, siehe Abschnitt 4) finanziert werden.

In Rio wurde diese Kompromißlinie von den weitaus meisten Teilnehmern einschließlich der USA gebilligt und unterschrieben. Um den öffentlichen Druck in Richtung Klimaschutz zu verstärken, erklärten die Europäische Gemeinschaft und einige weitere europäische Staaten, am Stabilisierungszieljahr 2000 festhalten zu wollen (*declaration of like-minded countries*). Darüber hinaus wurde die Schaffung einer neuen UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (*Commission on Sustainable Development*) nach dem Vorbild der UN-Menschenrechtskommission geschaffen, deren Aufgabe es ist, durch moralischen Druck auf die Regierungen dafür zu sorgen, daß eingegangene Verpflichtungen auch eingehalten werden. Ihre konkreten Befugnisse werden von der UN-Vollversammlung festgelegt.

Diese Maßnahmen sind zwar geeignet, die öffentliche Meinung zu aktivieren. Sie wirken daher langfristig im Sinne eines globalen Umweltschutzes, auch wenn bindende Regeln nicht existieren. Es ist jedoch zu vermuten, daß das Klimaproblem ohne adäquate institutionelle Regelungen nicht in den Griff zu bekommen ist. Es stellt sich daher die Frage, warum die beteiligten Länder in Rio keine weitergehenden Regelungen getroffen haben und wie solche Regelungen aussehen könnten.

## 2.2 Das ökonomische Problem

Das weltweite Klima wird im wesentlichen bedroht durch Emissionen des Energiesektors einschließlich des Verkehrs und der Landwirtschaft. Das Ausmaß der globalen Erwärmung sowie deren regionale Auswirkungen sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Die unterschiedliche Betroffenheit durch Klimaerwärmung einerseits und durch die Kosten von Klimaschutzaktivitäten andererseits führt zu schwer überwindbaren internationalen Interessengegensätzen.

Klimaschutz in den Industrieländern ist verhältnismäßig teuer und reduziert deren Wachstumsaussichten. Klimaschutz in den Entwicklungsländern ist dagegen vergleichsweise billig, da die Energieeffizienz in der Regel gering ist und der Verbrauch von fossiler Energie nicht selten hoch subventioniert wird. Maßnahmen in den Entwicklungsländern müssen aber von den Industrieländern finanziert werden, da nicht Klimaschutz, sondern die wirtschaftliche Entwicklung für die meisten Entwicklungsländer absolute Priorität hat. Problematisch hierbei ist der lange Zeitraum von ca. einem Jahrhundert, in dem eine Klimaerwärmung zum Tragen kommt. Wirtschaftlich fortgeschrittene Länder können sich eher gegen die Auswirkungen einer Klimaerwärmung schützen als ärmere, agrarisch strukturierte Entwicklungsländer. Verbunden mit einer hohen Gegenwartspräferenz besteht für diese daher der Anreiz, ihre wirtschaftliche Entwicklung auf Kosten der Umwelt noch zu forcieren. Diese Strategie kann aber wahrscheinlich nur für einige wenige Entwicklungsländer Erfolg haben. Globaler Klimaschutz läßt sich im Endeffekt auf ein internationales Verteilungsproblem zurückführen, welches wesentlich durch die Zeitpräferenz der Beteiligten mitbestimmt wird.

Internationaler Klimaschutz ist aus ökonomischer Sicht ein schwierig zu lösendes Problem, weil die Atmosphäre ein freies Gut ist, von dessen Nutzung als Aufnahmemedium für Klimaschadstoffe niemand ausgeschlossen werden kann und von dessen Wirkung als Klimaregulator jeder betroffen ist. Aus dieser Konstellation ergibt sich der bekannte Anreiz zum Trittbrettfahren. Die Situation läßt sich kennzeichnen als weltweites Gefangenendilemma.

Im einzelnen müßte ein optimales globales Klimaregime die folgenden Probleme simultan lösen. Erstens, die Übernutzung der Atmosphäre als Aufnahme-

medium für Klimaschadstoffe müßte zumindest reduziert und langfristig ausgeschlossen werden. Hierfür ist eine Beschränkung der weltweit erlaubten Emissionsmenge erforderlich, wobei sich unmittelbar die Verteilungsfrage stellt. Zweitens, dennoch auftretende Klimaschäden (Externalitäten) müßten internalisiert werden. Hierbei erhebt sich die Frage, ob der Verursacher oder das Opfer die Kosten trägt. Drittens, die erlaubte Nutzung der Atmosphäre bzw. die Reduzierung von Klimaschadstoffen sollte international kosteneffizient erfolgen. Dafür sind internationale Instrumente bereitzustellen, die die weltweiten Kosten des Klimaschutzes minimieren.

Insgesamt resultiert aus diesen Punkten bereits ein erhebliches Problem der internationalen Politikkoordination. Es wird jedoch durch dynamische Aspekte zusätzlich komplizierter. Das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt führt tendenziell zu einem größeren Ressourcen- und Umweltverbrauch. Aber auch wirtschaftliches Wachstum in den Entwicklungsländern kann den Druck auf die natürlichen Ressourcen verstärken. Wachstumsfördernde Transfers zur Lösung der Verteilungsprobleme können daher einen negativen Klimaeffekt haben, wenn sie nicht (auch) für klimaschützende Maßnahmen eingesetzt werden. Umfangreiche Transfers in die Entwicklungsländer haben zudem erhebliche Anpassungen in den Industrieländern zur Folge, und zwar aus fiskalischen Gründen sowie aus Gründen eines veränderten Wettbewerbs auf Güter- und Ressourcenmärkten.

Ein zweites dynamisches Problem des globalen Klimaschutzes stellt die unabdingbare jederzeitige Souveränität aller beteiligten Länder dar. Sie ist eine Gefahr für die Stabilität eines internationalen Klimaschutzregimes, da die nationale Souveränität es jedem Staat de facto erlaubt, einmal eingegangene Klimaschutzvereinbarungen zu jeder Zeit zu brechen. Ein Klimaschutzregime muß daher so ausgestaltet sein, daß alle Vertragsparteien, auch zu jedem Zeitpunkt in der Zukunft, ein dauerhaftes Interesse an der Vertragserfüllung haben. Hilfreich hierfür sind geeignete monetäre und Realtransfers sowie die flexible Gestaltung des Klimaschutzregimes. Auch Sanktionen können mit gewissen Einschränkungen zur Stabilisierung beitragen. Eine besondere Gefahr besteht, wenn Vertragsverletzungen mit großer Wahrscheinlichkeit unentdeckt bleiben. CO<sub>2</sub>-Emissionen bzw. der Verbrauch fossiler Energieträger stellen in dieser Hinsicht ein besonderes Problem dar. Hier sind umfangreiche Berichtspflichten hilfreich, vermutlich aber



nicht ausreichend. Zumindest im Bereich der Überwachung werden die nationalen Souveränitätsrechte langfristig eingeschränkt werden müssen.

Alle Überlegungen zur internationalen Effizienz eines globalen Klimaregimes werden überlagert durch die Auseinandersetzung um globale Verteilungspositionen der beteiligten Länder. Dabei geht es jeder Verhandlungspartei darum, einen möglichst großen individuellen Wohlfahrtszuwachs unter der Nebenbedingung einer zuträglichen Umweltentwicklung zu erhalten.

Im Hinblick auf die Klimaproblematik stehen den Industrieländern theoretisch zwei extreme Strategien zur Verfügung. Sie können erstens eine nicht-kooperative Strategie verfolgen und sich gegen die Dritte Welt abschotten ("das Boot ist voll") sowie die Entwicklungsländer aktiv am wirtschaftlichen Wachstum hindern. Diese Strategie würde den wachstumsbedingten Druck auf Klima und Umwelt vermindern. Sie würde den Industrieländern den anderenfalls erforderlichen ökologischen Strukturwandel sowie die Neuverteilung der Renten aus der Nutzung der globalen Ressourcen zum Teil ersparen. Die Industrieländer wären damit in der Lage, ihre relative und absolute Verteilungsposition zumindest kurzfristig zu sichern.

Die alternative kooperative Strategie läßt sich als "Flucht nach vorn" kennzeichnen. In diesem Szenario finden Industrieländer und Entwicklungsländer zu einer globalen Umweltpartnerschaft auf der Basis eines freien Weltmarktes zusammen. Die kooperative Strategie setzt auf einen großen ökologischen Sprung in Industrie- und Entwicklungsländern. Sie erfordert eine erhebliche Umstrukturierung in den Industrieländern und fördert ein umweltgerechtes Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern. Letzteres trägt dazu bei, die Bevölkerungsentwicklung zu bremsen, und ermöglicht es, die Umwelt- und Klimabelastung langfristig absolut zu reduzieren. Daß dies möglich ist zeigen Hinweise darauf, daß bei Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern, die gegenüber dem Weltmarkt offen sind, die Umweltbelastung relativ geringer ausfällt.<sup>3</sup> Insgesamt setzt diese Strategie auf die Entwicklung ökologisch wesentlich verbesserter Techniken,

---

<sup>3</sup> Vergleiche Low, Patrick (Ed.), "International Trade and the Environment". World Bank Discussion Paper 159, World Bank, Washington D.C. 1992.

vorwiegend in den Industrieländern, und deren Diffusion in einem freien Weltmarkt, der den Entwicklungsländern Verdiensthancen durch Zugang zu den Konsumgütermärkten der Industrieländer bietet. Die kooperative Strategie bietet die Möglichkeit, die Emissionen des Wohlstands (effluence of affluence) sowie die Verschmutzung durch Armut (pollution of poverty)<sup>4</sup> simultan zu lösen. Langfristig besteht die Hoffnung, daß sich eine insgesamt reichere Welt bei vermindertem Bevölkerungswachstum mehr Umweltschutz leisten können.

Auch wenn die nicht-kooperative Strategie für die Industrieländer kurzfristig wohlfahrtsmaximierend ist, so sind doch Zweifel an ihrer Realisierbarkeit angebracht. Politische und moralische Gründe dürften einer vollkommenen Vernachlässigung der Dritten Welt entgegenstehen. Darüber hinaus dürfen die vielfältigen sonstigen Interdependenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, und damit die mögliche Gegenmacht der Entwicklungsländer, nicht vernachlässigt werden. Langfristig ist selbst die ökologische Tragfähigkeit der nicht-kooperativen Strategie im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung (sustainable development) in der Ersten Welt äußerst fraglich. Demgegenüber bietet die kooperative Strategie die Chance einer langfristigen umweltgerechten Entwicklung weltweit. Sie erfordert jedoch kurzfristig klare politische Entscheidungen über globale Instrumente und internationale Institutionen sowie mittelfristig erhebliche Anpassungsleistungen in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Hierbei auf halbem Wege stehen zu bleiben, bedeutet unter Umständen die schlechteste aller Alternativen. Dies ist dann möglich, wenn die Hilfen an die Entwicklungsländer gerade dazu ausreichen, die bisherige Politik fortzusetzen und eventuell noch zu forcieren, eine grundsätzliche Neuorientierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen in Richtung auf "Umweltschutz durch Entwicklung" jedoch unterbleibt.

---

<sup>4</sup> Pearson, Charles S., "Down to Business: Multinational Corporations, the Environment, and Development", World Resources Institute, Study 2, January 1985.

## 2.3 Mögliche Lösungen

Wie aber könnte eine langfristig tragfähige Strategie implementiert werden? Der freie Zugang zur Nutzung der Atmosphäre muß beschränkt werden. Dabei sind Allokations- und Verteilungsfragen zu lösen. Darüber hinaus ist die Stabilität eines jeden Instruments unter Souveränitätsbedingungen zu prüfen.

Fixierung der historischen Emissionen bzw. Festlegung gleicher prozentualer Reduzierungsraten für alle Länder relativ zu einem Basisjahr sind ein beliebtes Instrument in internationalen Umweltverträgen. Es hat den Anschein einer gerechten Lösung und den politischen Vorteil, die historisch gewachsene Verteilung der Emissionsmöglichkeiten unberührt zu lassen (Besitzstandswahrung). Gleichwohl ist das Instrument im CO<sub>2</sub>-Fall ökonomisch ineffizient und wäre ohne begleitende Transferzahlungen an die Verlierer dieser Verteilungsregel auf die Dauer auch nicht konsensfähig. Die Anreize, ein solches Regime zu brechen, werden mit zunehmender Änderung fundamentaler Daten, beispielsweise durch unterschiedliche Wachstumsraten, im Laufe der Zeit größer. Die in Rio vorgezeichnete Lösung hat daher langfristig keine Chance auf Erfolg.

Die Einigung auf nationale CO<sub>2</sub>-Steuern mit international gleichen Steuersätzen und Verbleib der Einnahmen im Land würde zwar das internationale Effizienzproblem lösen, würde aber gleichfalls an der Frage der internationalen Verteilung der realen Lasten einer solchen Politik scheitern. Für eine erfolgreiche Lösung ist die Trennung von Verteilungs- und Effizienzfragen erforderlich. Dies ist möglich mit einer internationalen Klimasteuer oder mit einem System internationaler Klimazertifikate.

Eine internationale Klimasteuer würde die CO<sub>2</sub>-Emissionen aller Länder mit dem gleichen Steuersatz belasten. Damit ist theoretisch eine effiziente Allokation sichergestellt. Die Einnahmen würden anschließend entsprechend den Verteilungserfordernissen zurückverteilt werden. Der Verteilungsschlüssel könnte so ausgehandelt werden, daß alle Länder einen Anreiz zur Kooperation haben. Darüber hinaus sollten die Transferzahlungen abhängig sein von der ordnungsgemäßen Erfüllung des Klimavertrags (Stabilisierungsaspekt). Die Verteilung des Steueraufkommens darf aber nicht an die tatsächliche Reduzierungsleistung ge-

knüpft werden, da sonst erneut die Gefahr von Ineffizienzen besteht. Problematisch ist die Festsetzung und Anpassung des internationalen Steuersatzes in Abhängigkeit von der angestrebten globalen Emissionshöchstgrenze, da die Reaktion der einzelnen Länder ex ante nicht bekannt ist. Des weiteren ist es fraglich, ob die Staatengemeinschaft sich auf die Übertragung von essentiellen Hoheitsrechten auf eine internationale Steuerbehörde wird einigen können.

Ein System von Klimazertifikaten beruht auf der Zuweisung von quantitativ bestimmten Rechten auf CO<sub>2</sub>-Emissionen an die sich beteiligenden Länder. Das heißt, das (primäre) Verteilungsproblem muß vorab gelöst werden. Diese Primärverteilung könnte pro Kopf der Bevölkerung oder anhand anderer Kriterien erfolgen.<sup>5</sup> Sie müßte jedenfalls so vorgenommen werden, daß ein langfristiger Partizipationsanreiz besteht.<sup>6</sup> Die Länder mit überschüssiger Zertifikatausstattung können einen Teil ihrer Zertifikate dann den unterversorgten Ländern zum Weltmarktpreis überlassen.<sup>7</sup> Die sich daraus ergebende Sekundärallokation der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist theoretisch effizient. Das Effizienz- und Verteilungsproblem wird somit simultan und flexibel gelöst. Das globale Reduzierungsziel wird erreicht.

Beide Instrumente haben den Vorteil, die internationalen Bedingungen für die weltweit effiziente Allokation der verbleibenden CO<sub>2</sub>-Emissionsmöglichkeiten korrekt zu setzen. Ob die internationalen Anreize dann auch im nationalen Bereich korrekt an die Endverbraucher weitergegeben werden, so daß auch in bezug auf die einzelnen Emissionsquellen tatsächlich globale Effizienz resultiert, ist nicht voraussagbar. Die weit verbreiteten Energiesubventionen in Entwicklungs-

---

<sup>5</sup> Vergleiche Grubb, M., "The Greenhouse Effect: Negotiating Targets". The Royal Institute of International Affairs, London 1989.

<sup>6</sup> Langfristig muß die Stabilität eines internationalen Zertifikatsystems unter Umständen mit Verzicht auf dessen Effizienz erkaufte werden. Siehe dazu Mohr, E., "Global Warming: Economic Policy in the Face of Positive and Negative Spillovers". In: H. Siebert (Hrsg.), *Environmental Scarcity. The International Dimension*, Tübingen 1991.

<sup>7</sup> Auf die Möglichkeit der Bildung eines Anbieterkartells der Entwicklungsländer sowie auf die Notwendigkeit adäquater internationaler Kontrolle des Zertifikathandels und der CO<sub>2</sub>-Emissionen sei hier nur hingewiesen. Vergleiche dazu auch Heister, J., Michaelis, P., Mohr, E., "The Use of Tradeable Emission Permits for Limiting CO<sub>2</sub>-Emissions". *European Economy, special edition*, forthcoming 1992.

ländern lassen eher das Gegenteil erwarten. Hier müßte mit zusätzlichen, vertraglich vereinbarten Mitteln nachgeholfen werden. Beide Instrumente bieten Spielräume für die Lösung der Verteilungs- und Stabilitätsprobleme. Ihr erhebliches Transferpotential ermöglicht erst den internationalen Tauschhandel von Umweltschutz gegen Entwicklungsförderung und trägt damit zur Verwirklichung der oben beschriebenen kooperativen Umwelt- und Entwicklungsstrategie bei.

### **3. Artenschutz**

#### **3.1 Ergebnisse der UNCED**

Neben einer Konvention zum Schutz des Klimas haben viele Staaten in Rio ebenso eine Konvention zum Schutz der Artenvielfalt unterschrieben. Die Unterzeichner verpflichten sich, bedrohte Arten in ihren Lebensräumen zu erhalten, was durch die Ausweisung von natürlichen Schutzräumen gewährleistet werden soll. Diese Konvention sieht für die Entwicklungsländer einen bevorzugten Zugang zu solchen in den Industrieländern entwickelten Biotechnologien vor, die auf die genetische Basis der verschiedenen Arten zurückgegriffen haben. Dabei wird im Rahmen der Konvention auch ein gewisser Sicherheitsstandard für die Nutzung von Gentechnologien angestrebt.

Gleichzeitig sollen die Entwicklungsländer, deren Biosphären bestimmte Tier- und Pflanzenarten beherbergen, bei der Erhaltung natürlicher Lebensräume durch die Industrieländer unterstützt werden über den GEF-Fond, der bereits heute entsprechende Projekte zum Gegenstand hat. Gefördert werden sollen insbesondere Projekte, die geeignet sind, die Artenvielfalt zu gewährleisten.

#### **3.2 Artenschutz und Biotechnologie**

Die Erhaltung der Biodiversität ist ein Ziel, welches sich nicht so offensichtlich wie das Ziel eines verträglichen Klimas erklärt. Vielfach wird dieser Schutz ethisch damit begründet, daß die Menschheit nicht das Recht besitze, bestimmte Lebensformen auf der Erde auszulöschen. Ein solches Ziel ist allenfalls als ein intrinsischer Wert faßbar, aber nicht mehr mit Kosten-Nutzen-Kalkülen

vereinbar. Obwohl ethische Argumente in der öffentlichen Diskussion häufig vorgetragen werden, scheinen sie in Rio nicht dominant gewesen zu sein, da die verabschiedete Konvention durchaus eine weitere Ausrottung einzelner Spezies zuläßt.

Der ökonomische Wert der Artenvielfalt erklärt sich hingegen aus den Risiken seines Gegenteils, nämlich den Konsequenzen einer Monokultur, die sich insbesondere für die Landwirtschaft und die biotechnologische Industrie ergeben. Für die Landwirtschaft bedeutet Monokultur, daß die Menge des zum Einsatz kommenden Saatgutes sehr klein ist, wie wir es heute bereits in den meisten Ländern beobachten. Aufgrund der fehlenden Risikomischung, bei der der Mißerfolg eines bestimmten Saatgutes durch die Erfolge anderer ausgeglichen werden kann, bedingt dies dann ein höheres Gesamtrisiko, wenn bei dramatischen Ernteausfällen, z.B. durch Schädlingsbefall, wegen der Vernichtung der pflanzlichen Vielfalt keinerlei natürliche Substitute zur Verfügung stehen und diese auch nicht schnell durch biotechnologische Anbieter hergestellt werden können.<sup>8</sup> Die Aufrechterhaltung der pflanzlichen Artenvielfalt hat für die monostrukturierte Landwirtschaft Versicherungscharakter, denn nur dann kann, z.B. beim Auftreten einer bestimmten Krankheit, auf das genetische Reservoir zurückgegriffen werden.

Die großen Wachstumsmärkte der biotechnologischen Industrien, welche die in der Landwirtschaft und in den tropischen Wäldern beheimatete genetische Basis nutzen, stellen jedoch nicht die Saatgutmärkte, sondern insbesondere die pharmazeutischen Produktmärkte dar. Die Artenvielfalt als in-situ-Ressource bietet für diese Unternehmen eine nahezu unerschöpfbare genetische Basis für die Entwicklung neuer Produkte, die in dieser Breite nicht durch eine kostenintensive Laborlagerung als ex-situ-Ressource ersetzt werden kann.<sup>9</sup> Da die Entwicklung

---

<sup>8</sup> Vergleiche Swanson, T.M., "The Economics of a Biodiversity Convention". CSERGE Discussion Paper GEC 92-08, 1992.

<sup>9</sup> Die Bedeutung der genetischen Basis wird dadurch verdeutlicht, daß die Industrie durchaus auch eigene Anstrengungen zur Erhaltung der Biodiversität einleitet. So hat der US-amerikanische Konzern Merck & Co. einen Waldschutzvertrag mit Costa Rica abgeschlossen, der ihm Exklusivrechte für die Vermarktung von Heilmitteln zusichern soll ("Die wirtschaftliche Bedeutung des Artenschutzes wird langsam erkannt", Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.6.1992).

solcher innovativen Produkte nur unter hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen möglich ist, wird durch nationale Patentgesetzgebungen sowie durch Absprachen über deren internationale Anerkennung versucht, eine entsprechende Vermarktung rentabel zu machen und zu frühe Imitationen zu vermeiden.

Patente und intellektuelle Schutzrechte gestatten einem Unternehmen, für eine bestimmte Zeit Renten zu erzielen, welche im Idealfall den getätigten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen entsprechen. Wenn den Entwicklungsländern im Rahmen der Konvention ein bevorzugter Zugang, d.h. zumindest verringerte Lizenzgebühren einer Technologienutzung, eingeräumt wird, so kann dies zum Abbruch von Forschungsbemühungen führen, von denen erwartet wird, daß ihre Vermarktung nicht hinreichend geschützt werden kann. Deshalb ist als Grundsatz in den Verhandlungen festgehalten worden, daß das geistige Eigentum weiterhin geschützt bleiben soll und die Unternehmen für einen zwischenstaatlich vereinbarten Technologietransfer staatlicherseits kompensiert werden sollen. Da es aber für Patentlizenzen keinen Markt gibt, stellt sich die Frage, wonach diese Kompensationen bemessen werden sollen, da die Unternehmen geneigt sein werden, den Wert eines von ihnen gehaltenen Patentes zu übertreiben. Entweder werden es die Unternehmen verstehen, ihre Renten durch den Ansatz hoher Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen weiter zu steigern, oder zu gering bemessene Kompensationen laufen Gefahr, ein Signal zu setzen, welches zukünftige Innovationsbemühungen unrentabel erscheinen läßt.

Das gleiche Informationsdilemma offenbart sich bereits im nationalen Patentrecht, welches einen optimalen Schutz aufgrund einer einheitlichen Patentdauer nur zufällig gewährleistet. Die einheitliche Patentnutzungsdauer resultiert aus derselben Unkenntnis über den wahren individuellen Schutzanspruch einer Invention, wie sie auch bei der Bemessung einer Kompensation zu erwarten ist. Vielfach sind auch für die Unternehmen die Marktpotentiale eines Patentes schwer abzuschätzen. Es ist deshalb nicht auszuschließen, daß Unternehmen durch das Patentrecht übernormale Renten realisieren, die durch einen nicht vollständig kompensierten, bevorzugten Zugang im Einzelfall effizient abgeschöpft werden. Dies allerdings für alle biotechnologischen Produkte anzunehmen ist eine Vermutung, die kaum zu rechtfertigen sein wird. Hinzu kommt, daß eine solche Abschöpfung nicht das Ziel dieser Konvention sein kann.

Ein bevorzugter Zugang zu biotechnologischen Produkten ist aber auch überhaupt nicht geeignet, einen positiven Beitrag zur Artenvielfalt zu leisten. Das Problem der Erhaltung der Arten besteht nämlich darin, daß es sich bei der genetischen Basis um ein öffentliches Gut handelt, von dessen Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann. Die Gewinne aus der Nutzung dieser Bioressource fallen jedoch hauptsächlich in den Industrieländern an. Die Entwicklungsländer hingegen können ihre Wälder für andere Verwendungen einsetzen, die eine Erhaltung der Artenvielfalt ausschließen. Ein bevorzugter Zugang zu biotechnologischen Innovationen löst jedoch das Freifahrerproblem nicht: Ebenso wie alle biotechnologischen Unternehmen in den Industrieländern von der Nutzung der Artenvielfalt nicht ausgeschlossen werden können, gilt dies auch für mögliche Biotechnologieindustrien in Entwicklungsländern, die sich nicht gegenseitig exkludieren können. Das Freifahrerproblem wird lediglich zum Preis recht ungewisser Auswirkungen auf das Innovationsverhalten auf einen größeren Teilnehmerkreis ausgedehnt, da es auch für jedes Entwicklungsland eine überlegene Strategie darstellt, das heimische Areal anderweitig zu nutzen und auf einen freien Zugriff auf die Artenvielfalt in einem anderen Land zu vertrauen.

Weiter fraglich wird ein solcher Technologietransfer, wenn man berücksichtigt, daß die Standortbedingungen in den Industrie- und Entwicklungsländern völlig unterschiedlich sind. Aufgrund der hohen Humankapitalintensität in der biotechnologischen Industrie würde eine Ansiedlung solcher Industrien in Entwicklungsländern aus dem Blickwinkel der internationalen Arbeitsteilung unsinnig erscheinen. Dieser Sektor scheint sich gerade dadurch auszuzeichnen, daß Innovationsbemühungen auch räumlich von Produktionserfahrungen und Anwendungen angeregt werden, so daß ein Konzept, "verlängerte Werkbänke" für patentierte Verfahren in den Entwicklungsländern einzurichten, nicht durchgesetzt wurde. Der bevorzugte Zugang ist deshalb zusätzlich geeignet, Vorteile einer wirklich knappheitsorientierten internationalen Arbeitsteilung ungenutzt zu lassen.



### 3.3 Artenschutz, intellektuelle Eigentumsrechte und Freihandel

Die Konflikte um die Artenschutzkonvention kann man verstehen, wenn sie im Rahmen einer möglichen Neuordnung der internationalen Handelsbeziehungen betrachtet wird. In manchen Industrieländern, insbesondere in den USA, ist man der Ansicht, daß die im internationalen Vergleich verschlechterte Wettbewerbsposition maßgeblich auf die Nichtanerkennung intellektuellen Eigentums zurückzuführen ist.<sup>10</sup> Deshalb stellte die internationale Anerkennung intellektueller Eigentumsrechte ein wesentliches Anliegen der Industrieländer in der Uruguay-Runde der GATT-Verhandlungen dar. Gleichzeitig konnten die Entwicklungsländer beim Abbau der Handelsschranken, die ihnen den Zugang zu den Agrar- und Fertigproduktmärkten der entwickelten Welt verwehren, bisher keine wirklichen Zugeständnisse erzielen. So ist es kaum verwunderlich, daß sie sich im Gegenzug einer Einschränkung ihrer zukünftigen technologischen Optionen durch die Anerkennung fremder Patentrechte widersetzen. Da ihre Machtposition im Rahmen des GATT jedoch sehr schwach ist, konnten sie sich auch hier bisher nicht durchsetzen. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß sie den bevorzugten Zugang zu Biotechnologien in Rio auch deshalb gefordert haben, um durch diese Themenverknüpfung von Umwelt und Technologietransfer ihre Ausgangsposition für die Neuordnung der internationalen Handelsbeziehungen zu verbessern.

Die Anerkennung der Verpflichtung zum Technologietransfer seitens der Industrieländer würde den Entwicklungsländern ein Faustpfand bieten, mit dem sie ihr eigentliches Anliegen im Hinblick auf eine Liberalisierung des Welthandels besser durchsetzen könnten. Es kann daher vermutet werden, daß sie zu einem Verzicht auf einen bevorzugten Zugang zu Technologien und einer Anerkennung geistigen Eigentums bereit wären, wenn ihnen im Gegenzug die Märkte der Industrieländer geöffnet würden, auf denen sie ihre eigentlichen komparativen Kostenvorteile realisieren könnten.

Diese Strategie hat jedoch bisher keinen Erfolg gehabt, da die USA, die am meisten an einer internationalen Schutzregelung für geistiges Eigentum interes-

---

<sup>10</sup> Vergleiche Acharya, R., "Patenting of Biotechnology. GATT and the Erosion of the World's Biodiversity", *Journal of World Trade*, No. 6, 25 (1991), S. 71-87.

siert sind, die Artenschutzkonvention nicht unterschrieben haben. Gleichzeitig sind Fortschritte in den GATT-Verhandlungen zugunsten der Entwicklungsländer ohne die USA und die EG nicht möglich. Wenn sich nun die Konvention aufgrund des Fehlens der USA auch als wirkungslos erweisen sollte, so kann dafür also nicht allein die Forderung der Entwicklungsländer nach Technologietransfer verantwortlich gemacht werden, sondern ebenso die Einseitigkeit der GATT-Verhandlungen. Wer die Entwicklungsländer alleine als Ressourcenanbieter betrachtet, sie durch Handelsschranken von den Veredelungsgewinnen fernhalten will und gleichzeitig einen strikten Wissensschutz einfordert, braucht sich nicht darüber zu wundern, daß diese im Gegenzug ihre Position bei globalen Umweltfragen durch Bedingungen zu verbessern suchen, die ökonomisch wenig sinnvoll sind. Im Umkehrschluß lautet deshalb die Forderung, die Märkte für Entwicklungsländer zu öffnen, wenn man die Effizienz einer Artenschutzkonvention erhöhen und den Schutz geistigen Eigentums forcieren will.

Das Freifahrerproblem läßt sich nur durch eine globale Unterstützungsleistung lösen, die die Erhaltung der Artenvielfalt zum Gegenstand hat. Diese Unterstützungsleistung müßte nach Maßgabe einer Preisregel für verschiedene Artenschutzleistungen erfolgen. Solange ein solcher Mechanismus nicht zur Verfügung steht, kann die nun eingeleitete projektspezifische Förderung des Artenschutzes ein durchaus effizientes Substitut sein.

Hätten sich die Geberländer hingegen auf einen Kompensationsmechanismus eingelassen, so wäre eine alleinige Finanzierung nach Maßgabe der inkrementellen Kosten kaum möglich gewesen, solange nicht ein Konsens hinsichtlich der Beurteilung unterschiedlicher Artenschutzleistungen unter den Industrieländern erzielt ist. Wenn die gewünschten Artenschutzleistungen beispielsweise regional spezifiziert wären, würde jedes Land, welches einen nicht-substituierbaren Artenschutzbeitrag leistet, zum Monopolisten, und wäre damit in der Lage, einen großen Teil der Verhandlungsgewinne abzuschöpfen.

Aber auch der Fall, daß verschiedene Länder bei der Bereitstellung einer Artenschutzleistung konkurrieren, ist nicht unproblematisch. Es kann nämlich für ein bestimmtes Land vorteilhaft sein, alle anderen Konkurrenten zu unterbieten, selbst wenn sein Angebot weit unter seinen Opportunitätskosten liegt. Es gewinnt

dadurch nämlich für die Zukunft eine monopolistische Verhandlungsposition. Aber auch wenn weitere Konkurrenten auf dem Markt bleiben, so muß immer seitens der Kompensationszahler realisiert werden, daß aufgrund der Irreversibilitäten niemals ein neuer Anbieter in diesen Markt eintreten kann. Es besteht bloß eine nicht rückgängig zu machende Austrittsoption, die von den Ländern wahrgenommen würde, die nicht für ihre Umweltleistungen kompensiert werden. Eine ständig sinkende Zahl von Artenschutzanbietern kann die Verhandlungsposition des Nachfragers nur verschlechtern.

Somit erscheint der GEF-Ansatz, mit dem Biodiversität gefördert werden soll, im Prinzip durchaus geeignet, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ein Höchstmaß an Artenschutz zu erreichen. In der jetzigen Ausgestaltung gefährden aber handelspolitische Konflikte den Erfolg. Vermutlich ist in diesem Bereich kein weiterer Fortschritt ohne Konzessionen der Industrieländer im Hinblick auf eine Öffnung ihrer Märkte für Agrar- und Endprodukte denkbar. Nur dann läßt sich die Balance zwischen dem Schutz geistigen Eigentums und einem weitgehend unverzerrten internationalen Wettbewerb finden und gleichzeitig eine hinreichende Biodiversität garantieren.

#### **4. Zur Finanzierung von Umwelt und Entwicklung**

Eines der wenigen Prinzipien, auf das man sich sehr früh auf den Vorbereitungskonferenzen einig war, ist das der "incremental costs". Es besagt, daß für Maßnahmen des Schutzes von Umweltressourcen in der Dritten Welt die Industrieländer die "zusätzlichen Kosten" finanzieren, die über das schon von einem Entwicklungsland aufgebrauchte Volumen unter einer sogenannten Business-as-usual-Strategie hinausgehen. Damit ist bei der Verantwortlichkeit für globale Umweltprobleme ein partielles Gemeinlastprinzip etabliert worden.

So klar die Definition von "incremental costs" klingen mag, so schwierig ist ihre Anwendung im konkreten Fall. Eine sinnvolle Definition setzt nämlich voraus, daß die schon von einem Entwicklungsland eingesetzten Politiken effizient sind und dann die zusätzlichen Kosten genau abgrenzbar sind. Vielfach wird aber beispielsweise der Energieverbrauch massiv subventioniert und damit das Ge-

genteil einer vernünftigen Klimapolitik erreicht. Die Frage, was die "incremental costs" eines Projektes für effizienten Energieeinsatz sind, läßt sich angesichts solcher Ineffizienzen kaum noch vernünftig beantworten. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht könnten sie sogar negativ sein, wenn alleine durch die Beseitigung der Preisverzerrungen Effizienzgewinne realisiert werden können. Sie wären aber weitaus höher, wenn Business-as-usual bedeutet, die gegenwärtigen Verzerrungen aufrecht zu erhalten. Solange interne Wirtschaftspolitiken die Ursache von Umweltproblemen sind oder diese verstärken, sind die Konflikte über das Ausmaß der zusätzlichen Kosten von Umweltprojekten vorprogrammiert.

Das Finanzierungsvolumen für die in der Agenda 21 vorgeschlagenen Programme wurde vom UNCED-Sekretariat auf jährlich 625 Milliarden US-\$ alleine für die Dritte Welt geschätzt, von denen die Industrieländer etwa 125 Milliarden US-\$ als "incremental costs" aufbringen sollten. Dies entspricht einer Steigerung der gegenwärtigen Entwicklungshilfe des Nordens um 70 Milliarden US-\$, beziehungsweise einer Erhöhung der Entwicklungshilfe von zur Zeit 0,35% des BSP auf etwa 0,7%. Gegenwärtig findet die Finanzierung von Umweltprojekten in der Dritten Welt über die GEF statt und umfaßte im Jahr 1991 etwa 1,4 Milliarden US-\$ inklusive der 200 Millionen US-\$ aus dem Fond für das Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht.

#### 4.1 Finanzierungsmodus

Um den Finanzierungsmodus, mit dessen Hilfe die Mittel der Industrieländer der Dritten Welt zur Verfügung gestellt werden sollen, gab es im Vorfeld von Rio eine intensive Auseinandersetzung. Zwei Philosophien standen sich fast diametral gegenüber. Die Entwicklungsländer, die sich in der Gruppe der 77 zusammengefunden haben, forderten für die einzelnen Umweltkonventionen und die darin beschlossenen Maßnahmen jeweils spezielle Fonds und zusätzlich einen sogenannten "Green Fund", der für lokale Entwicklungs- und Umweltprojekte in Entwicklungsländern, die nicht Gegenstand von internationalen Vereinbarungen sein müssen, finanzielle Mittel bereitstellen sollte. Diese Fonds sollten gemeinsam von Geber- und Empfängerländern verwaltet werden, wobei die Entwicklungsländer davon ausgingen, daß sie letztendlich die Mittelverwendung bestimmen können.

Demgegenüber möchten die Industrieländer die Finanzierung der Umweltmaßnahmen über eine Ausweitung der Tätigkeit der GEF verwirklichen. Die GEF war 1990 gegründet und 1991 mit einem Fond, dem Global Environment Trust Fund (GET) ausgestattet worden, der von der Weltbank verwaltet wird. Innerhalb der GEF werden Projekte gefördert, die zur Reduzierung klimawirksamer Gase beitragen, die dem Schutz der Artenvielfalt und dem Schutz internationaler Gewässer dienen. Es kann sich dabei um normale Weltbankprojekte handeln, deren umweltrelevanter Teil zusätzlich über den GET finanziert wird, oder um eigenständige Projekte der GEF. Die Prinzipien der Projektauswahl werden von einem Scientific and Technical Advisory Panel (STAP) festgelegt, während die endgültige Genehmigung von größeren Projekten bei der Konferenz der Vertragsparteien, der halbjährigen Versammlung der Mitglieder der GEF, liegt.

Die GEF selbst hat schon sieben Prinzipien vorgeschlagen, unter denen eine erweiterte GEF ihre Mittel einsetzen sollte. Neben dem "incremental costs"-Grundsatz für die Finanzierung von Projekten mit globaler Umweltverbesserung soll es auch die Möglichkeit geben, Projekte, die über die in den Konventionen erfaßten Tatbestände hinausgehen, zu fördern. Die Aktivitäten der GEF sollen sowohl in bezug auf die eigenen Mittel kosteneffizient sein als auch in bezug auf die flankierenden Maßnahmen vor Ort, womit eine Konditionalität zwischen der Mittelvergabe und der Beseitigung von verzerrenden nationalen Politiken etabliert wird. Dabei sollte die GEF selbst möglichst unbürokratisch bleiben, für Geldgeber und Empfänger gleichermaßen transparent und verantwortlich sein und flexibel genug sein, um sich an neue Situationen anpassen zu können.

Der nun in der Klimakonvention verabschiedete Finanzierungsmodus vereinigt die konträren Positionen von Industrie- und Entwicklungsländern dadurch, daß die Konferenz der Vertragsparteien außerhalb der GEF über die Zuschüsse und Darlehensvergabe entscheidet und für die Ausführung dieser Aufgaben die GEF beauftragt. Damit haben die Entwicklungsländer ihre Forderung nach vielen Einzelfonds und nach dem "Green Fund" weitgehend zurückgenommen, während die Industrieländer als Gegenleistung der Dritten Welt größere Einfluß- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Mittelvergabe zugestanden haben.

## 4.2 Effizienter Mitteleinsatz

Die beiden Philosophien bezüglich der Finanzierungsform der Hilfe für die Dritte Welt repräsentieren sowohl unterschiedliche politische Interessen der beteiligten Länder als auch unterschiedliche Schwerpunkte bezüglich der wirtschaftlichen Prioritäten. Der Vorschlag der Industrieländer, die GEF auszuweiten und über sie die Allokation der Mittel für Entwicklung und Umwelt stattfinden zu lassen, hat aus rein ökonomischer Sicht einen großen Vorteil. Der optimale Einsatz der vorhandenen Mittel für ein bestimmtes Projekt ist dann gegeben, wenn die einzelnen Maßnahmen so koordiniert werden, daß sie aus gesamtwirtschaftlicher Sicht — was in diesem Zusammenhang aus supra-nationaler Sicht bedeutet — den größten Nettonutzen erwirtschaften. Insofern stellt die zentrale Projektauswahl, wie sie in Form der STAP vorgeschlagen wird, eine effiziente Institution dar. Der projektgebundene Mitteltransfer ermöglicht darüber hinaus, daß die Projekte konditional zu flankierenden Maßnahmen im Empfängerland gemacht werden können und damit eine insgesamt effiziente Allokation erreicht wird.

Effizienz bezieht sich allerdings nicht nur auf den optimalen Mitteleinsatz für ein bestimmtes Vorhaben, sie beinhaltet auch die optimale Auswahl aus den vorgeschlagenen Projekten angesichts beschränkter Mittel. Die Forderung der Dritten Welt, an diesen Auswahlverfahren ein größeres Mitspracherecht eingeräumt zu bekommen, hat nicht nur politische Gründe. Das grundsätzliche ökonomische Problem des effizienten Mitteleinsatzes besteht in der Bewertung der Nutzen der unterschiedlichen Umweltmaßnahmen. Diese hängt in jedem Land von den verschiedensten nationalen Faktoren ab. Unter anderem bestimmt der Reichtum einer Volkswirtschaft deren Bewertung einer unzerstörten Umwelt. Ebenso wichtig ist die Tatsache, daß die lokalen Umweltprobleme in den Industrieländern im Vergleich zur Dritten Welt zu einem großen Teil gelöst worden sind, und deshalb die globalen Umweltprobleme für die reichen Länder einen hohen Stellenwert haben. Demgegenüber sind in der Dritten Welt lokale Umweltprobleme, wie die Qualität der Wasserversorgung, Kläranlagen oder Abwasserbeseitigung, mit großer Wahrscheinlichkeit wichtiger als die Vermeidung einer möglichen Klimaänderung in 50 bis 70 Jahren. Würden also die Wünsche der Entwicklungsländer stärker in der Projektauswahl berücksichtigt, dann würden sich automatisch die Gewichte hin zu einer verstärkten Förderung von Projekten verschieben, die lokale Umweltpro-

bleme lösen und deshalb nicht immer Gegenstand der Abkommen bzw. Vereinbarungen der UNCED sind. Die institutionelle Regelung der Finanzierung wirkt deshalb direkt darauf, wie die unterschiedlichen nationalen Bewertungen aggregiert werden und sich als weltweite Prioritäten in der Projektauswahl realisieren.

Die Finanzierung von Projekten durch die GEF würde zu einem effizienten Mitteleinsatz führen, soweit umweltverbessernde Projekte betroffen sind. Sie würde aber kaum ein Ressourcentransfer sein, der von den Entwicklungsländern nach eigenen Prioritäten eingesetzt werden kann. Die Forderungen der Entwicklungsländer, wie sie z.B. in der Deklaration von Peking zum Ausdruck kommen, spiegeln deshalb auch die Tatsache wieder, daß deren Interesse eher bei dem Aspekt der Entwicklung und lokaler Umweltprobleme als dem der globalen Umweltprobleme liegt. Auf ihrem Treffen in Kuala Lumpur hatten die Entwicklungsländer denn auch noch einmal klar gemacht, daß sie Programme fordern, die nationale Prioritäten berücksichtigen, und daß die Mittelvergabe an keine Konditionalitäten bezüglich anderer nationaler Politiken geknüpft sein darf. Die Agenda 21 trägt diesen Interessen zum Teil dadurch Rechnung, daß lokale Entwicklungsprojekte für menschenwürdige Lebensbedingungen wie Abwassersysteme, Trinkwasseraufbereitung und die Vermeidung von gesundheitsgefährdenden lokalen Emissionen mit einbezogen wurden. Inwieweit dem bei der Projektvergabe dann tatsächlich Rechnung getragen wird, hängt aber von den Einflußmöglichkeiten der Entwicklungsländer in der Konferenz der Vertragsparteien ab. Der Konflikt um die Finanzierungsmodalitäten ist also letztendlich ein solcher um die Prioritäten bei der Finanzierung von verschiedenen Umweltschutzmaßnahmen.

Dabei sind die Kosten und Nutzen dieser Maßnahmen zwischen Norden und Süden ungleich verteilt. So haben zwar die Industrieländer etwa fünfmal höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf als die Länder der Dritten Welt, deren Emissionen aber liegen relativ zum Einkommen um mehr als ein Drittel über denen der Industrieländer, was nicht unmaßgeblich auf die bereits erwähnte Energiesubventionierung zurückzuführen ist. Selbst der geringe Verbrauch ist somit ineffizient. Unter anderem deshalb liegen gerade in der Dritten Welt kostengünstige Möglichkeiten zur Reduktion von CO<sub>2</sub> vor, wenn nur die existierenden Verzerrungen der Preise beseitigt und energieeffizientere Technologien eingeführt werden. Die Nutzen einer solchen Klimapolitik kommen vorwiegend den Industrieländern zu-

gute, da sie auf teure eigene Maßnahmen zumindest partiell verzichten können. Allerdings sind für die Entwicklungsländer die mit solch einer Politik verbundenen verteilungspolitischen Probleme nicht zu unterschätzen.

### 4.3 Verhandlungsstrategie

Die strategische Ausgangssituation bei den Verhandlungen zur UNCED war dadurch gekennzeichnet, daß die Industrieländer als Geldgeber eine möglichst kostengünstige globale Klima- bzw. Umweltpolitik anstrebten, was nur in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern möglich ist, da dort die Maßnahmen ansetzen müssen. Die Entwicklungsländer auf der anderen Seite haben als Ziel, möglichst hohe Transferleistungen für ihre lokalen Entwicklungs- und Umweltmaßnahmen zu erreichen. Als Gegenleistung konnten sie die Kooperation bei den globalen Umweltpolitiken anbieten, nämlich von ihnen bereitgestellte Umweltleistungen beispielsweise im Bereich Artenvielfalt zu erbringen, wenn sie durch direkte Transfers entsprechend entlohnt werden. Der Ausgang der Verhandlungen hat gezeigt, daß die Entwicklungsländer nur einen geringen Teil ihrer Vorstellungen haben durchsetzen können.

Durch die Konzentration aller Finanzhilfen auf die GEF und die Ablehnung eines generellen "Green Fund" für nationale Entwicklungs- und Umweltprojekte hat sich notwendigerweise der Anspruch der UNCED, für Entwicklung und Umwelt gleichermaßen neue Grundlagen zu schaffen, nicht unbeträchtlich zugunsten einer Orientierung auf Umwelt verschoben. Die Durchsetzung des Interesses der Industrieländer, bevorzugt die Maßnahmen zu finanzieren, die ihnen den höchsten Nutzen zu geringsten Kosten erbringen, wurde durch einen Finanzierungsmodus vorbereitet, der Finanztransfers nur über Projekte bewerkstelligt und zugleich konditional zu internen Politikanpassungen in den Entwicklungsländern macht. Damit wurde sichergestellt, daß der Nutzen aus den aufgewendeten Mitteln überwiegend als nicht-monetäre Gewinne in den Industrieländern anfällt. Die monetären Transfers, von denen sich die Entwicklungsländer auch einen direkten Beitrag für ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung versprochen haben, werden höchstens indirekt, nämlich über die Projekte zum globalen Umweltschutz, eine Multiplikatorwirkung haben. Die Hoffnung auf eine über die Finanzierung von



"incremental costs" hinausgehende Hilfe als Gegenleistung für umweltpolitische Weichenstellungen haben sich damit zerschlagen. In dieser Hinsicht ist die UNCED für die Entwicklungsländer ein Mißerfolg gewesen.

Dazu beigetragen hat auch, daß die Forderungen der Entwicklungsländer häufig den Beigeschmack hatten, die angestrebten Mechanismen der Industrieländer für eine effiziente globale Umweltpolitik durch reine Transfermechanismen ersetzen zu wollen, die die Umweltziele nur unzureichend erreichen können. Zugleich haben sie sich nicht in der Lage gezeigt, in den Vorverhandlungen zur Konferenz in Rio eine gemeinsame und glaubwürdige Alternative zu dem Finanzierungsmodus der Industrieländer aufzuzeigen. Die Entscheidung über den Modus wird aber auch langfristig die Auswahl der finanzierten Projekte und damit die Verteilung der Gewinne zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bestimmen. Insofern hat die UNCED schon weitreichende Folgen für die Umwelt- und Entwicklungspolitik. Die getroffenen Entscheidungen unterscheiden sich damit nicht sehr von den Mechanismen, die bislang schon bei der Finanzierung von Entwicklungsprojekten auf multilateraler und bilateraler Ebene üblich sind.

## 5. Zur politischen Ökonomie der Rio-Verhandlungen

Auf den ersten Blick erscheint es verwunderlich, daß die Entwicklungsländer, die auf der Konferenz von Rio die deutliche Mehrheit stellten, ihre Forderungen nicht einmal annähernd durchsetzen konnten. Dabei ist ihr gemeinsames Machtpotential keinesfalls gering: Ohne ihre Kooperation sind eine Stabilisierung des Klimas sowie ein Erhalt der Biodiversität undenkbar. Es hätte deshalb vermutet werden können, daß es diesen Ländern auf diesem Forum gelingen würde, für ihren Beitrag zum Umweltschutz einen bedeutenden Einkommenstransfer von Nord nach Süd durchzusetzen. Beispielsweise wäre die Einführung von handelbaren CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, deren Erstverteilung sich nach den angestrebten Pro-Kopf-Emissionen und der Bevölkerungszahl richtet, mit einer enormen Redistribution von Vermögen verbunden gewesen.

Solche oder ähnliche Vorschläge haben jedoch zu keiner Zeit ernsthaft in Rio zu den diskutierten Mechanismen gehört. Die Ursache hierfür ist unter an-

derem in der großen Zahl dieser Länder sowie ihren äußerst heterogenen Interessen zu suchen, wodurch die Einigung untereinander sehr erschwert wird. Demgegenüber ist die Zahl der Industrieländer verhältnismäßig gering und ihre Interessen sind vergleichsweise homogen. Außerdem sind ihre Beziehungen untereinander nicht auf den internationalen Umweltschutz beschränkt, sondern betreffen eine Vielzahl von internationalen Problemen. Diese formale Integration ermöglicht den Industrieländern, ihre Interessen untereinander abzustimmen, da im Einzelfall abweichende Meinungen durch Zugeständnisse in anderen Foren kompensiert werden können. Daß die USA viele Bemühungen nicht unterstützt haben, beweist keineswegs das Gegenteil; vielmehr demonstriert die Tatsache, daß die Verweigerungshaltung der Bush-Administration nicht zu einem offenen Bruch innerhalb der Gruppe der Industrieländer geführt hat, daß die integrativen Bindungen und gemeinsamen Interessen gegenüber den Entwicklungsländern sehr stark sind.

Es liegt nahe, daß die Verhandlungsführung der USA auf kurzfristigen Interessen beruhte, die durch den gegenwärtigen Präsidentschaftswahlkampf geprägt sind. Verteilungsfragen und alle Instrumente mit großem Verteilungspotential wurden auch deshalb ausgeklammert. Darauf läßt sich zurückführen, daß im Ergebnis von Rio eine GEF-ähnliche Unterstützung gegen den Willen der meisten Entwicklungsländer durchgesetzt werden konnte.

Einzig und allein im Scheitern der Waldkonvention läßt sich eine andere Machtkonstellation beobachten. Im Hinblick auf den Tropenwald reduziert sich die auf anderen Gebieten disperse Gruppe von Entwicklungsländern im wesentlichen auf zwei Länder, die noch maßgeblich im Besitz von tropischem Regenwald sind, nämlich Malaysia und Brasilien. In diesem Fall sahen sich die Industrieländer mit einer kleinen Gruppe konfrontiert, die die Integration der nördlichen Wälder in eine Waldkonvention als eine *conditio sine qua non* forderte, an der der Abschluß dieser Konvention letztendlich scheiterte. Beide Gruppen haben sich hier quasi neutralisiert, da keine ihren Standpunkt aufgeben wollte. Dieser sowohl für die Klimapolitik als auch für den Artenschutz bedeutsame Konflikt konnte als einziger nicht zugunsten der Industrieländer entschieden werden, wenn man von den problematischen Technologietransfers im Zusammenhang mit Artenschutz absieht.

Klimapolitik und Artenschutz stellen jedoch keine Probleme dar, von denen erwartet werden darf, daß sie einer raschen Lösung zugeführt werden können. Sie werden die internationale Umweltpolitik für einen nicht absehbaren Zeitraum weiter beschäftigen. Deshalb müssen die Ergebnisse der UNCED-Konferenz auch aus einer langfristigen Verhandlungsperspektive betrachtet werden. Dann kann nämlich von einer strategischen Verhandlungsführung der Industrieländer ausgegangen werden, bei der in einer ersten Stufe — der Klimakonvention von Rio — die Ausgangspositionen für zukünftige Verhandlungsrunden festgelegt wurden. Dabei wird, wie sich anhand der vereinbarten Finanzierung von Umweltschutzinvestitionen in Entwicklungsländern zeigen läßt, eine dreifache Strategie verfolgt:

Zum einen werden nur die Zusatzkosten (incremental costs) für solche Umweltschutzinvestitionen in Entwicklungsländern finanziert, die im Interesse der Industrieländer liegen. Zum anderen wurde eine weitere Schwächung der Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer durch die Festlegung auf Projektfinanzierung erreicht, da die betroffenen Entwicklungsländer der mittelbewilligenden Agentur in bilateralen Verhandlungen isoliert gegenüberreten. Drittens bedeutet dieses System, daß kein erheblicher Einkommenstransfer von Nord nach Süd stattfinden wird. Gleichzeitig ist der Zugang zu den Märkten der Industrieländer weiterhin weitgehend streng reglementiert, so daß das Wachstumspotential in der Dritten Welt relativ beschränkt bleibt.

Eine erhebliche Unbekannte bei dieser Strategiewahl bleibt jedoch das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt. Es läßt sich nicht durch die gewählten Mechanismen beeinflussen und dürfte den Druck auf die globale Ressourcenbasis weiter verstärken. Die Erste Welt wird daher vermutlich — und zwar unabhängig von der moralischen Bewertung der Situation — langfristig nicht an einer gemeinsamen Wachstumsstrategie zusammen mit der Dritten Welt vorbeikommen, die die ökologischen Belange hinreichend berücksichtigt.

Daß internationale Koordinationsmechanismen mit großem Umverteilungspotential hierfür relevant sind, zeigt eine Einschätzung von UNCED-Organisator Maurice Strong. Danach sind zwar neue Finanzierungsmittel in Höhe von \$6bn - \$7bn in Rio zusammengekommen (andere Schätzungen sprechen von \$2,5bn). Das erforderliche Finanzvolumen (ca. \$70bn) sei aber ohne innovative Instrumente, wie beispielsweise handelbare Emissionsrechte, wahrscheinlich nicht auf-

zubringen.<sup>11</sup> Aus dieser Perspektive kann der Erdgipfel somit wirklich nur als ein Beginn der noch folgenden notwendigen Gespräche, die auch den umfassenden Abbau der Handelshemmnisse gegenüber den Entwicklungsländern zum Gegenstand haben müssen, verstanden werden.

## 6.            **Schlußfolgerungen**

Globale Umweltprobleme verschieben die Machtverteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern tendenziell zugunsten der Dritten Welt. Die Forderungen der Entwicklungsländer konnten jedoch im Vorfeld der UNCED durch eine geschickte Strategiewahl der Industrieländer zunächst begrenzt werden. Langfristig werden aber nur kooperative Strategien erfolgreich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sein. Solche Strategien müssen echte Entwicklungschancen für die Dritte Welt mit globalen Umweltschutzanliegen verbinden. Denn nur wirtschaftliches Wachstum führt auf Dauer zu einem geringeren Anstieg der Bevölkerung in der Dritten Welt und bietet die Möglichkeit zu mehr Umweltschutz. In diesem Sinne ist Umweltschutz durch Entwicklungsförderung die langfristig richtige Strategie.

Ökologisch orientierte Entwicklungsförderung ist möglich durch die Bezahlung der globalen Umweltdienstleistungen der Entwicklungsländer, z.B. die Erhaltung der Artenvielfalt und der Regenwälder und die relativ geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen dieser Länder. Transferzahlungen als Gegenleistung für Umweltleistungen sind automatisch konditional. Entwicklungsförderung ist aber auch möglich durch konsequente Öffnung der Märkte der Industrieländer für Agrarprodukte sowie Halb- und Fertigwaren aus Entwicklungsländern. Damit stehen diesen dann auch vermehrt Devisen für den Kauf von Umweltschutztechniken zur Verfügung. Die Verminderung des Protektionismus ist zwar bereits aus anderen Gründen wünschenswert, im Zusammenhang mit globalen Umweltproblemen ermöglicht die Öffnung der Märkte gegenüber den Entwicklungsländern jedoch auch, die erforderlichen Transferzahlungen in Grenzen zu halten.

---

<sup>11</sup> "Earth talks organiser calls for concrete aid pledges", The Financial Times, June 15, 1992.

Die langfristig kooperative Strategie ist ohne erhebliche Umstrukturierung in den Industrieländer selbst nicht zu verwirklichen. Hier besteht die Chance zu einem deutlichen ökologisch orientierten Strukturwandel, ohne daß langfristig auf Wachstumschancen verzichtet werden muß, wenn komparative Vorteile konsequent genutzt werden. Marktsignale, die die lokalen und globalen Umweltkosten richtig widerspiegeln, sind geeignet, den technischen Fortschritt in die gewünschte Richtung zu lenken und seine Ergebnisse auch den weniger entwickelten Ländern gegen Bezahlung und zum Nutzen der gemeinsamen Umwelt anzubieten.

In diesem Sinne müssen Verhandlungen nach Rio — wollen sie nicht nur Stückwerk bleiben — einen umfassenden Einbezug der globalen Umweltprobleme in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung anstreben.